



Stellungnahme der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. zur 3. Sitzung des Sonderausschusses Bürokratieabbau des Landtages Brandenburg am 4. April 2025

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. bedankt sich für die Einladung zur Anhörung im Sonderausschuss Bürokratieabbau des Landtages Brandenburg am 4. April 2025 und die Möglichkeit, aus Sicht des mittelständischen Bauhauptgewerbes Stellung zu beziehen.

Unsere Stellungnahme basiert auf den Rückmeldungen unserer Mitgliedsbetriebe sowie der täglichen Erfahrung aus der verbandlichen Praxis. Ziel ist es, konkrete und umsetzbare Ansätze aufzuzeigen, wie Verfahren verschlankt, Planungs- und Investitionssicherheit erhöht und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Handwerks gestärkt werden können.

1. Vergabeverfahren vereinfachen und praxisnäher gestalten

1.1 Brandenburgisches Vergabegesetz (BbgVergG) modernisieren

Das aktuelle BbgVergG verursacht erhebliche bürokratische Belastungen für die Betriebe, ohne erkennbaren Mehrwert für die Vergabequalität zu bieten. Aus Sicht der Fachgemeinschaft Bau ist eine grundlegende Überarbeitung notwendig.

Unsere zentralen Forderungen:

- Anhebung der Wertgrenzen für Bauleistungen auf mindestens 150.000 € netto für beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb sowie auf 1.000.000 € netto für beschränkte Ausschreibungen mit Teilnahmewettbewerb.
- Einführung der freihändigen Vergabe für Bauleistungen bis 150.000 € netto.
- Streichung vergabefremder Abfragepflichten, z. B. zur Auftrags-Sperrliste oder Rückforderungsstatistik, die das Verfahren ohne Mehrwert unnötig verkomplizieren.
- Keine Einführung der Tariftreuepflicht
- Abschaffung des Vergabemindestlohns
- Verzicht auf förmliche Vergabeverfahren für freiberufliche Leistungen durch Landesvergabestellen.

1.2 Qualität statt Formalismus

Ziel muss eine schlanke, rechtssichere Vergabep Praxis sein, die qualitätsorientierte Angebote honoriert und den Wettbewerb aufrechterhält. Der Fokus sollte auf dem wirtschaftlichsten Angebot liegen, nicht auf formalen Kriterien ohne praktischen Nutzen.

2. Baugenehmigungsverfahren beschleunigen

2.1 Bearbeitungszeiten reduzieren

Viele unserer Mitgliedsbetriebe berichten von erheblichen Verzögerungen bei Baugenehmigungen. Bearbeitungsfristen von über zwölf Monaten sind keine Ausnahme, sondern Realität. Das ist angesichts des Wohnraummangels und der steigenden Baukosten nicht tragbar.

Vorschläge der FG Bau:

- Einführung verbindlicher Bearbeitungsfristen, z. B. maximal drei Monate für Regelverfahren.
- Einrichtung zentraler digitaler Antragsplattformen für Bauanträge auf Landes- und Kommunalebene.
- Reduktion technischer Nachweispflichten auf das gesetzlich Erforderliche.

2.2 Digitalisierung zielgerichtet einsetzen

Die Digitalisierung darf nicht zu einer Parallelstruktur führen, sondern muss bestehende Verfahren ersetzen und verschlanken. Wichtig ist dabei, die Verfahren nutzerfreundlich, einheitlich und praxisnah zu gestalten.

3. Verwaltungsdigitalisierung vorantreiben

3.1 Zugang zu Behörden vereinfachen

Gerade kleinere Handwerksbetriebe haben Schwierigkeiten, sich in den föderal zersplitterten digitalen Verwaltungsstrukturen zurechtzufinden. Viele Onlineverfahren sind uneinheitlich und unvollständig umgesetzt.

Wir fordern:

- Umsetzung des in 2022 beschlossenen Onlinezugangsgesetzes mit flächendeckendem Zugang zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen.
- Einheitliche Benutzerführung und medienbruchfreie Prozesse.
- Stärkere Orientierung an betrieblichen Abläufen und tatsächlichem Informationsbedarf.

3.2 Transparenz in Förderverfahren erhöhen

Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene sind vielfach nicht ausreichend transparent. Die Antragstellung ist aufwendig, die Erfolgsaussichten oft unklar.

Vorschläge der FG Bau:

- Erstellung von verständlichen FAQs zu Richtlinien, Antragsunterlagen und Nachweispflichten.
- Reduktion der Dokumentationspflichten auf das Notwendige.
- Klare Kommunikation zu Bearbeitungsfristen und Ansprechpersonen.

4. Integration internationaler Fachkräfte vereinfachen

4.1 Verfahren entbürokratisieren und beschleunigen

Viele unserer Mitgliedsbetriebe sind bereit, Fachkräfte aus dem Ausland zu beschäftigen, stoßen jedoch auf langwierige und intransparente Verfahren bei Einwanderung, Anerkennung und Beschäftigung.

Wir fordern:

- Beschleunigung der Abläufe in Ausländerbehörden und Anerkennungsstellen.
- Einführung digitaler Antrags- und Nachweisprozesse.
- Bessere Koordination zwischen Kammern, Behörden und Arbeitgebern.

4.2 Fokus auf betriebliche Realität

Anerkennungsverfahren müssen stärker an der betrieblichen Praxis ausgerichtet werden. Es braucht passgenaue Qualifizierungsangebote und individuelle Nachqualifizierung statt starrer formaler Anforderungen.

5. Schlussbemerkung

Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für eine funktionierende mittelständische Bauwirtschaft. Verfahren nach dem „Once-only-Prinzip“ sollen und müssen zukünftig für die Verwaltung zu einer Selbstverständlichkeit werden.

Die Fachgemeinschaft Bau steht für einen offenen und lösungsorientierten Dialog mit der Politik und bringt sich aktiv in den Prozess der Verwaltungsmodernisierung ein.

Wir danken dem Sonderausschuss Bürokratieabbau für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für Rückfragen und weiterführende Gespräche gerne zur Verfügung.

Berlin, 10. April 2025
Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e. V.
Katarzyna Urbanczyk-Siwek
Geschäftsführerin